

**KLINKE, SEBASTIAN**

## **ORDNUNGSPOLITISCHER WANDEL IM GESUNDHEITSWESEN?**

Sebastian Klinke, Forschungsgruppe Public Health, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, sklinke@wzb.eu

### **AD-HOC-GRUPPE 4: WOHLFAHRTSSTAATLICHE VERSORGUNG – NEUE FORSCHUNGSERGEBNISSE IM INTERNATIONALEN VERGLEICH**

Mehr als 30 Jahre Gesundheitsreformen und nichts ändert sich? Viele Jahre war es in Kommentaren zur Wirkung von Gesundheitsreformen üblich, ihnen geringe bis hin zu gar keine Wirkung zu unterstellen. Erst seit einigen Jahren beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, das trotz oberflächlich betrachteter Erfolglosigkeit der Reformen – gemessen am Maßstab der „Kostendämpfung“ – sich ein grundlegender Wandel in der sozialpolitischen Gestaltung gesundheitsbezogener Lebensrisiken abzeichnet.

Wandel lässt sich jedoch nur dann begrifflich fassen, wenn man sich zuvor über den Status Quo vergewissert hat, von dem aus eine Veränderung statt findet. Für das bundesdeutsche Gesundheitssystem bietet es sich an, sich mit theoretischen Konzepten zur Struktur- und Ordnungspolitik zu beschäftigen, da diese einen begrifflichen Rahmen bereitstellen, die inhaltlichen Facetten deutscher Gesundheitspolitik zu beschreiben und Veränderungsprozesse sichtbar zu machen. Entwickelt und operationalisiert wird ein Konzept des ordnungspolitischen Wandels, welches sich auf die Arbeiten von Hall (1993) und Döhler/Manov (1997) sowie Ansätzen und Theorien der Krise des Sozialstaats im Allgemeinen und des Gesundheitssystems im Besonderen stützt. Neben einer Aufarbeitung der relevanten Literatur und der gesundheitspolitischen Reformgesetzgebung seit Mitte der 70er Jahre, wird mittels qualitativer Experteninterviews mit Krankenhausärzten in verschiedenen Bundesländern und einer repräsentativen Befragung hessischer Krankenhausärzte untersucht, ob der gegenwärtige Stand der Reformen im Allgemeinen und die Einführung des DRG-Entgeltsystems im Besonderen zu Veränderungen in der ärztlichen Leistungserbringung bzw. der Versorgungsqualität im Krankenhaus geführt haben, die als ordnungspolitischer Wandel qualifiziert werden können.